

Rumantsch Grischun : Sprach- und Machtpolitik in Graubünden

Autor(en): **Coray, Renata**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Annalas da la Societad Retorumantscha**

Band (Jahr): **123 (2010)**

PDF erstellt am: **18.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-323185>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Rumantsch Grischun: Sprach- und Machtpolitik in Graubünden

Renata Coray

Der Titel «Rumantsch Grischun: Sprach- und Machtpolitik in Graubünden» macht deutlich, dass im Folgenden zentrale sprachplanerische Fragen im Zentrum stehen, insbesondere diejenige nach der Akzeptanz von Rumantsch Grischun (RG). Die Zustimmung der Sprachverwender ist eine wichtige Voraussetzung für die Implementierung einer neuen Schriftvarietät.¹ Aus diesem Grund befasse ich mich hier mit den wichtigsten Umfragen, Abstimmungen, Konzepten und Evaluationen, die in Zusammenhang mit RG gemacht worden sind und die Rückschlüsse auf seine Akzeptanz erlauben. Dabei richte ich den Untersuchungsfokus auf die Auftraggeber, das Forschungsdesign und vor allem auf die öffentlichen Informationen, Interpretationen und Reinterpretationen der Resultate.

Der öffentliche Diskurs als Spiegel und Instrument von Sprach- und Machtpolitik

Die Untersuchung des öffentlichen Diskurses ist aufschlussreich, da dieser die öffentliche Meinung nicht nur ausdrückt, sondern auch mitgestaltet. Eine wichtige Plattform des öffentlichen Diskurses sind die Massenmedien: Diese tragen zur Verbreitung bestimmter Ideologien bei, indem sie gewisse Ereignisse fokussieren und andere ignorieren.² Sie bestimmen zu einem wesentlichen Teil, *was* in der Öffentlichkeit diskutiert wird, *wie* etwas dargestellt wird und durch *wen*.

Auch die Einschätzung der Notwendigkeit und der Akzeptanz von RG in der Bevölkerung wird zu einem wesentlichen Teil durch den öffentlichen Diskurs geformt. Deshalb ist es für die involvierten Akteure wichtig, sich in der (medialen) Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen. Der Zugang zu den

¹ Einar Haugen (1983:270) skizziert vier Etappen der Sprachplanung, verstanden als komplementärer Prozess von korpus- und statusplanerischen Schritten: 1. Selektion (gesellschaftlicher Prozess), 2. Kodifikation (linguistischer Prozess), 3. Implementation (ges.) und 4. Elaboration (ling.). In einer ersten Version seines Modells der Sprachplanungsetappen hat er explizit Effizienz, Angemessenheit und Akzeptanz als Voraussetzungen für die Implementierung bezeichnet (cf. Ž. MULJAČIĆ 1993:83).

² Betont sei an dieser Stelle, dass ich den Ideologiebegriff nicht in einem wertenden Sinn als falsches Bewusstsein verwende, sondern in einem wissenssoziologischen Sinn als eine «Form des kollektiven Bewusstseins mit Orientierungscharakter» (M. JUNG 2006:2567).

Massenmedien ist aber auch eine Frage des Besitzstandes und der Macht, des ökonomischen und sozialen Kapitals: Wer Zugang zu genügend finanziellen und personellen Ressourcen sowie zu den politischen Macht- und Entscheidungszentren hat, der hat mehr Chancen auf Durchsetzung seiner Vorstellungen. Konkret: Wer genügend Geld, Personal und journalistisches Know-How hat und wer eine gesellschaftlich anerkannte Machtposition besetzt – z. B. als Politiker oder Chefredaktor –, der kann seine Sichtweisen und Interpretationen viel effizienter verbreiten als andere.

In einer Demokratie muss die Durchsetzung von sprachpolitischen Massnahmen demokratisch legitimiert sein. Manche Sprachwissenschaftler betonen zwar, dass Sprache und v. a. Sprachnormierung nicht Sache des Volkes oder demokratischer Prozesse sei. Aber sie wissen auch, dass eine Sprache oder Sprachvarietät nicht gegen den Willen der Mehrheit der Betroffenen durchzusetzen ist. Dass eine Sprachplanung, die die Sprechenden übergeht, ihr Ziel nur verfehlen kann, hat bereits Einar Haugen betont:

The ordinary user is also the ultimate judge of whether he wishes to use the forms proposed by official language planners. [...] But their [official bodies; R.C.] activities are fruitless if they are not in touch with the usagers of the community and the needs of users.
(E. HAUGEN, 1987:627)

Tuchföhlung mit den Verwendern wird vor allem via Umfragen, Abstimmungen und Evaluationen gesucht. Diese gelten als Barometer der öffentlichen Meinung und der zustimmenden oder ablehnenden Haltung der Betroffenen. Auch in den Auseinandersetzungen rund um RG bilden sie eine wichtige Legitimations- und Argumentationsressource im öffentlichen Diskurs.

Bei der folgenden Präsentation der wichtigsten Umfrage- und Abstimmungsergebnisse zu RG und deren Verbreitung in der medialen Öffentlichkeit geht es darum zu zeigen, warum und wie diese zustände gekommen sind, wer sie durchgeführt hat, mit Hilfe von wem und v. a. darum, wie die Resultate durch die interessierten Kreise und in der Presse aufgenommen und interpretiert worden sind.

Die Umfrage von Erwin Diekmann (1987)

Die erste öffentlich präsentierte Umfrage zur Akzeptanz von RG stammt vom Romanisten Erwin Diekmann von der Universität Mannheim. Dieser hatte der Lia Rumantscha, der rätoromanischen Dachorganisation und Initiatorin von RG, bereits beim Aufbau einer EDV-Lexikondatenbank für

Rumantsch Grischun geholfen (cf. E. DIEKMANN 1992:305). Im Jahr 1987 hat er eine schriftliche Umfrage durchgeführt und zwar bei Angehörigen der romanischen Bildungselite, v. a. bei Lehrpersonen und Kaderpersonen im öffentlichen Dienst. Bei der Beschaffung der Adressen dieser «Meinungsführer» hat er auf die Hilfe der Lia Rumantscha zurückgegriffen (cf. id. 1991:97f. Fn. 28).³ Die Auswertung der 948 retournierten Fragebogen ergab eine hohe Akzeptanz für RG, wie in mehreren Artikeln von Diekmann nachzulesen ist: Vorbehaltloses Gefallen an RG fand rund die Hälfte der Befragten (RG als Schriftsprache gefällt 15.2% sehr gut und 34.4% gut). Mehr als drei Fünftel sahen in RG nicht eine Gefahr für die Idiome (62.5%), sondern eine Massnahme zum Schutz für das Rätoromanische (64.4%). Und mehr als die Hälfte (51.6%) sprachen sich dafür aus, RG wie das Hochdeutsche in der Deutschschweiz zu verwenden.

Die öffentliche Präsentation dieser überaus positiven Ergebnisse der Diekmann-Umfrage fand in der «Chasa Rumantscha», am Sitz der rätoromanischen Dachorganisation Lia Rumantscha statt. Die von ihr einberufene Pressekonferenz – kurz vor dem 50-Jahr-Jubiläum der offiziellen Anerkennung des Romanischen als Landessprache – erfuhr grosse Aufmerksamkeit.



Pressekonferenz: Diekmann, Cantieni, in: *Bündner Zeitung* 13.2.1988

³ Zur Kritik an der Adressbeschaffung für die Umfrage durch die Lia Rumantscha, siehe R. CORAY 2008:473f.

Die Kombination von Wissenschaft und Spracherhaltungskampf kommt auch in einer Photographie der *Bündner Zeitung* (13.2.1988) zum Ausdruck, die Diekmann zusammen mit dem damaligen Präsidenten der Lia Rumantscha (Toni Cantieni) zeigt, eingerahmt von Plakaten mit Muoths bekanntem Kampfruf: «Stai si! defenda, Romontsch, tiu vegl lungatg!», hinter dem Rednerpult mit Peter Haas' Bleistift-Logo zugunsten von RG.⁴

Dass diese Umfrage nicht repräsentativ für die romanischsprachige Bevölkerung allgemein, sondern nur für eine rätoromanische Bildungselite ist, wurde in der Berichterstattung jedoch bloss am Rande oder gar nicht erwähnt. Diekmann selbst verweist in seinen wissenschaftlichen Publikationen zwar regelmässig darauf, dass es sich nicht um eine Repräsentativumfrage handle.⁵ Nichtsdestotrotz wird sie in der Presse und auch in späteren Abhandlungen zu RG als solche bezeichnet. Der damalige Generalsekretär der Lia Rumantscha beispielsweise verweist in einem Interview als Antwort auf die Frage nach der Unterstützung von RG durch die romanische Basis auf diese Mannheimer-Umfrage und bezeichnet sie als «erste veröffentlichte Repräsentativumfrage», die «stichhaltig eine sehr breite Akzeptanz des Rumantsch grischun» beweise (B. CATHOMAS, in: *Bündner Zeitung*, 18.2.1988).⁶

Die Umfrage des Instituts cultur prospectiv (1995)

Zu Beginn der 1990er-Jahre erreichten die öffentlichen Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern und Gegnern von RG einen ersten Höhepunkt (cf. R. CORAY 2008:148ff.). Zwecks Beruhigung der hochgehenden Emotionen veranlasste die Bündner Regierung eine wissenschaftliche Umfrage zur Akzeptanz von RG. Die Resultate dieser Umfrage spielen bis heute eine wichtige Rolle im öffentlichen Diskurs.

Mit der Durchführung wurde ein Forschungsinstitut in Zürich, das «Institut cultur prospectiv» beauftragt. Dieses nahm im Jahr 1995 eine repräsentative Meinungsumfrage in den fünf Idiomgebieten sowie im Raum Chur vor und zwar bei romanischsprechenden Stimmberechtigten, gemäss einer Zufallsstichprobe. Es wurden über 1'100 Befragungen durchgeführt. Die Publikation des Forschungsteams beinhaltet eine ausführliche Darstellung

⁴ Mehr zu diesem Logo in R. CORAY 2008:511.

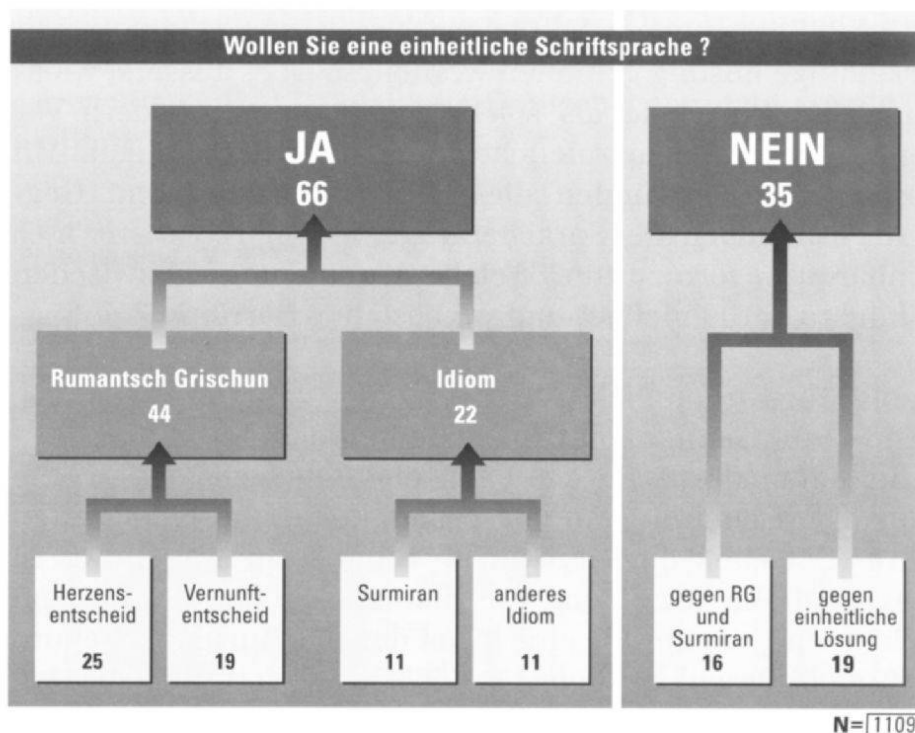
⁵ Z. B. E. DIEKMANN 1989:24, id. 1990:192.

⁶ Weitere Beispiele, die eine hohe Akzeptanz von RG mit Verweis auf diese Umfrage untermauern ohne jeglichen Hinweis auf die auf eine Bildungselite beschränkte Aussagekraft: *Der Bund*, 19.2.1988, *Tages-Anzeiger*, 18.5.1989, R. POSNER/K.H. ROGERS 1993:234, etc.

des Forschungsdesigns (cf. D. GLOOR et al. 1996:17ff.), erstaunlicherweise aber nicht den der Befragung zugrunde liegenden Fragebogen und die darin vorhandenen Antwortkategorien. Für eine vertiefte Auswertung der Daten wäre das Vorliegen dieses Fragebogens jedoch sehr aufschlussreich. Aber auch nach zweimaliger Anfrage bei diesem Institut habe ich den Fragebogen nicht erhalten.

Im Folgenden beschränke ich mich auf zwei Fragen aus dieser Studie.⁷ Auf die Grundsatzfrage «Wollen Sie eine einheitliche Schriftsprache?» – unabhängig davon, welcher Sprache diese Funktion zukäme – antworteten 66% Ja und 35% Nein. Die 66% Befürworter einer einheitlichen Schriftsprache setzen sich zusammen aus 44%, die sich für RG als gemeinsame Schriftsprache aussprechen, und 22%, die dafür ein bestehendes Idiom vor-

Darstellung 5-2: Der Entscheid für eine einheitliche Schriftsprache
Prozentwerte



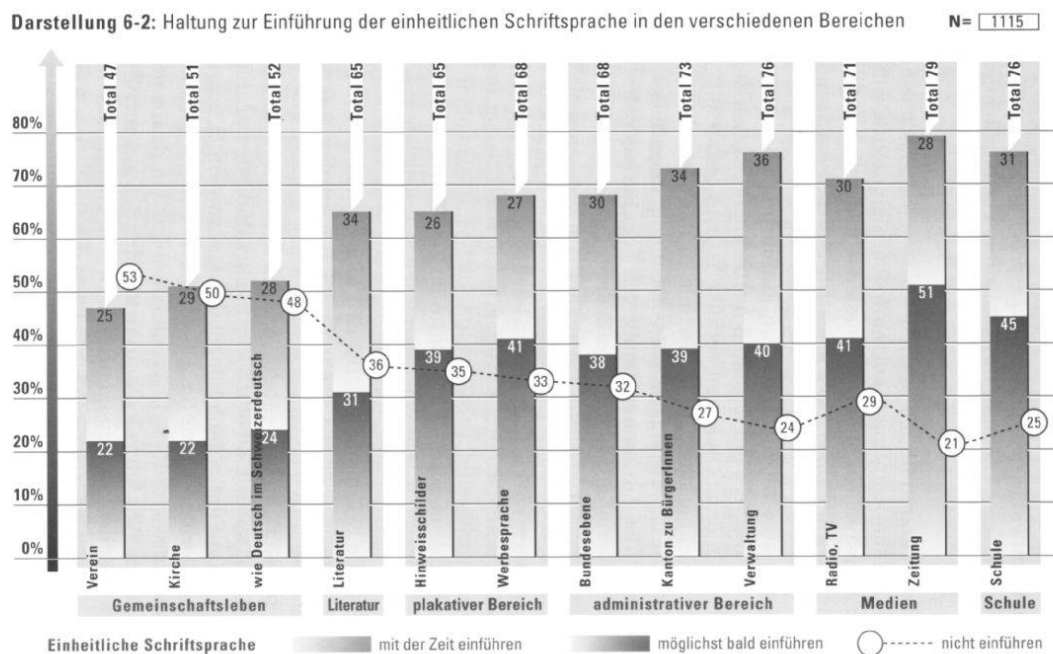
D. GLOOR et al. 1996:91

⁷ Diese Umfrage hat weitere interessante Resultate hervorgebracht, die jedoch aufgrund des überwiegenden öffentlichen Interesses an der Frage der Akzeptanz von RG weniger wahrgenommen worden sind: z.B. eine hohe emotionale Bindung an die romanische Erstsprache, v.a. in den starken romanischen Regionen des Unterengadins und der Surselva (cf. D. GLOOR et al. 1996:30), eine ausgeprägte lokale sprachliche Identität (id.:35f.) oder eine hohe Bedeutung des Rätoromanischen im mündlichen Umgang im familiär-privaten und gemeinschaftlichen Bereich (id.:48ff.).

ziehen. Die 35% Gegner einer einheitlichen Schriftsprache setzen sich zusammen aus 19%, die grundsätzlich gegen eine einheitliche Lösung sind, und 16%, die sich explizit gegen die Lösungsvorschläge RG oder Surmiran aussprechen.⁸

Eine zweite wichtige Frage des Zürcher Forschungsteams betrifft die Anwendungsbereiche einer gemeinsamen Schriftsprache. Gefragt wurden alle – also auch die 35%, die sich gegen eine einheitliche Lösung ausgesprochen hatten und auch die 22%, die nicht RG, sondern ein Idiom bevorzugt hatten:

Sollte für Romanischbünden eine überregionale Schriftsprache eingeführt werden, so bleibt die Frage zu beantworten, in welchen Bereichen [...] diese Sprache verwendet werden soll. [...] Damit den Befragten diese Situation nahegebracht werden konnte, wurde die Vorgabe gemacht, im Kanton sei ein Entscheid zugunsten einer einheitlichen Lösung gefallen: In welchen Bereichen soll dann eine Schriftsprache möglichst bald, erst allmählich oder gar nicht eingeführt werden? Diese Frage wurde allen Befragten gestellt, unabhängig davon, ob sie selbst eine gemeinsame Lösung befürwortet oder abgelehnt haben. (D. GLOOR et al. 1996:117)



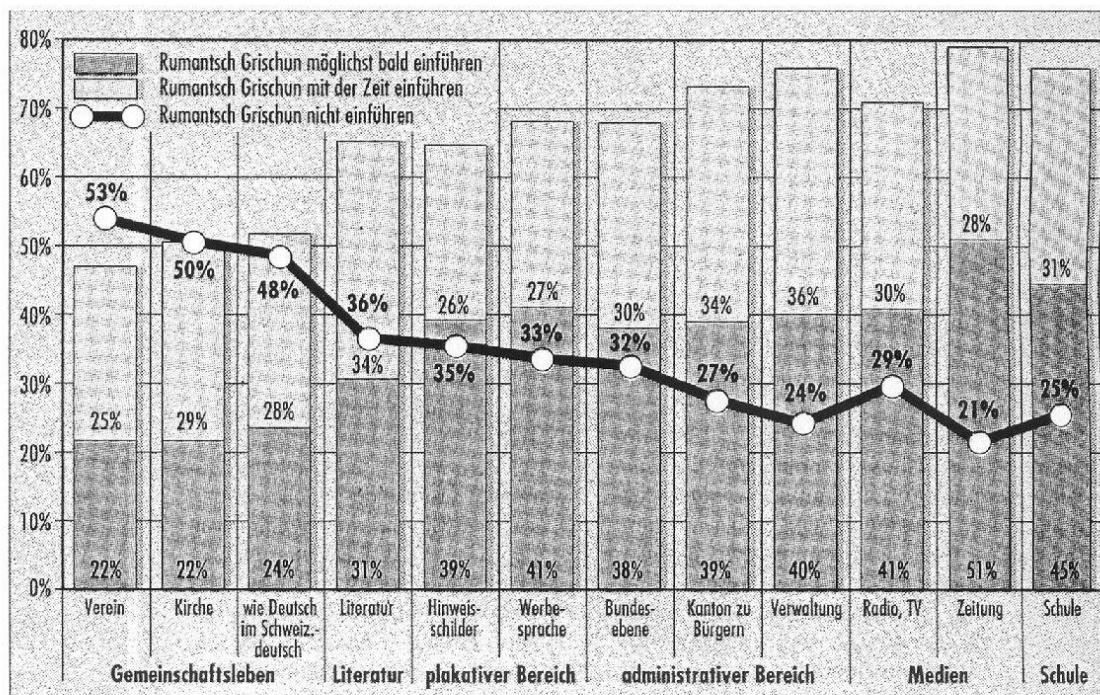
D. GLOOR et al. 1996:119

⁸ Detaillierte Auswertungen zum Einfluss von sprachlichen und soziodemographischen Faktoren bei der Beantwortung dieser Grundsatzfrage finden sich in D. GLOOR et al. 1996:101ff.

Die Auswertung dieser Frage finden wir in der obigen Darstellung mit dem Titel *Haltung zur Einführung der einheitlichen Schriftsprache in den verschiedenen Bereichen*.

Diese Graphik zeigt, wie gross die Zustimmung aller Befragten zur allmählichen oder möglichst raschen Einführung einer einheitlichen Schriftsprache in bestimmten Domänen ist – unter eben dieser hypothetischen Vorgabe, im Kanton sei ein Entscheid zugunsten einer Einheitssprache gefallen. Unter diesen Umständen halten die meisten die Einführung in der Schule und in den Medien für ratsam, am wenigsten Zustimmung findet die Einführung einer gemeinsamen Schriftsprache im Vereinsleben und in der Kirche.

Wie wurden diese Resultate in der Presse dargestellt? – Augenfällig ist die ungenaue Darstellung dieser zweiten Frage zu den Anwendungsbereichen: Zahlreiche Zeitungen und interviewte Akteure setzten nämlich die Zustimmung zu einer hypothetisch beschlossenen einheitlichen Schriftsprache automatisch gleich mit der Zustimmung zu RG in den erfragten Bereichen. Am deutlichsten wird dies in einer falsch beschrifteten Graphik in einem Zeitungsartikel:



Die Grafik bezüglich der Frage in welchen Bereichen und Zeitfristen eine einheitliche Schriftsprache eingeführt werden soll, zeigt auf, wo der Widerstand am grössten und am schwächsten ist.

Bündner Tagblatt, 21.12.1995

In der weiter oben abgebildeten Graphik des Zürcher Forschungsteams, die die Grundlage der Graphik bildet, die anlässlich der Pressekonferenz vom 20. Dezember 1995 zur Verfügung gestellt worden war, ist nirgends die Rede von RG. In der Graphik des *Bündner Tagblatts* ist der Begriff «einheitliche Schriftsprache» kurzerhand durch «Rumantsch Grischun» ersetzt und dadurch suggeriert worden, dass die Befragten grossmehrheitlich für die Einführung von RG in der Schule und den Medien seien. Auf diese falsche Interpretation stossen wir seither immer wieder im öffentlichen Diskurs, wenn es darum geht, eine hohe Akzeptanz von RG belegen zu wollen. Dazu nur zwei Originalzitate aus der Presse:

Die am Mittwoch veröffentlichte Romanen-Umfrage der Bündner Regierung zeigt es klar und deutlich: Eine grosse Mehrheit der rätoromanischen Bevölkerung will Rumantsch Grischun in den Zeitungen lesen und am Radio hören. (*Bündner Zeitung*, 22.12.1995)

Quei che fa surstar, e quei ch'ei niev per nus, ei ch'ina gronda part dils questunai vules, ch'il rumantsch grischun vegnessi introducius ed applicaus relativamein prest sil sectur dallas gasettas e sil sectur dalla scola. Igl ei interessant da veser, ch'ils Romontschs vulan leger regularmein rumantsch grischun e ch'ils Romontschs vulan emprendre rumantsch grischun. Quei vegneva buc exprimiu aschi claramein entochen ussa.

(Interview mit B. Cathomas, in: *La Casa Paterna|La Pünt*, 5.1.1996)⁹

Es ist jedoch offensichtlich absurd zu behaupten, dass eine «deutliche Mehrheit» oder «fast 80% der Romanen»¹⁰ die Einführung von RG in der Schule und den Medien begrüsst, wenn wir uns die Grundsatzfrage in Erinnerung rufen, wo sich total 57% explizit oder implizit gegen RG ausgesprochen haben. Diese 57% der Befragten, die sich nicht für RG erwärmen konnten, mussten sich alle zur Frage äussern, wo es Sinn mache, eine gemeinsame Schriftsprache einzuführen, falls eine solche im Kanton beschlossen würde. Daraus zu schliessen, diese 57% RG-Skeptiker und -Gegner begrüsst die Einführung von RG in den entsprechenden Domänen, ist offensichtlich falsch.

⁹ «Das, was überrascht und neu ist für uns, ist dass ein grosser Teil der Befragten möchte, dass RG relativ rasch im Bereich der Zeitungen und im Bereich der Schule eingeführt und verwendet würde. Es ist interessant zu sehen, dass die Rätoromanen regelmässig RG lesen wollen und dass die Rätoromanen RG lernen wollen. Das wurde bisher nicht so deutlich ausgedrückt.»

¹⁰ *Bündner Zeitung*, 22.12.1995; *La Nova|Bündner Tagblatt*, 22.12.1995.

Aber bis heute finden wir diese unkorrekte Interpretation der Zürcher Umfrage und zwar auch in wissenschaftlichen Publikationen. In einem Fachartikel zu RG von 1999 beispielsweise lesen wir unter der korrekt beschrifteten Graphik: «La majorité des Romanches est favorable à l'introduction 'au plus vite' ou 'avec le temps' du Rumantsch Grischun dans l'administration, les médias et l'école ainsi que dans le domaine des panneaux et affiches.» (M. GROSS 1999:103).

Solche Fehlinformationen und falsch beschrifteten Graphiken tragen dazu bei, dass in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt wird, dass ein grosser Teil der befragten Romanischsprachigen sich hinter die Einführung von RG in den betreffenden Domänen stelle.

Das Konzept Haltiner (1999)

Ein weiterer Meilenstein in der Geschichte von RG stellt das sogenannte Konzept Haltiner von 1999 dar. Dieses war von der Bündner Regierung in Auftrag gegeben worden und zwar im Anschluss an die oben dargestellte wissenschaftliche Umfrage und den darauf basierenden Regierungsbeschluss von 1996. In diesem Regierungsbeschluss war bestimmt worden, dass RG die kantonale Amtssprache werde, dass die Idiome aber weiterhin die sprachliche Basis der Grundschulen bildeten und dass den Kindern bis Ende der Schulzeit nur passive Kenntnisse von RG vermittelt werden sollen. Eine Arbeitsgruppe von Fachleuten unter der Leitung des Moderators Ruedi Haltiner wurde beauftragt, ein Konzept für die Umsetzung dieses Beschlusses im Schulbereich zu erarbeiten.

Gemäss diesem Konzept Haltiner aus dem Jahr 1999 sollen zuerst die Idiomkenntnisse in den ersten Schuljahren gefestigt werden, bevor frühestens ab der 4., 5. oder 6. Klasse eine zurückhaltende Begegnung mit RG stattfindet. Erst in den weiterführenden Schulen, namentlich in Gymnasien und Lehrerseminarien, sollen aktive RG-Kenntnisse (d. h. Schreibfähigkeiten) vermittelt werden, wobei weiterhin die Vermittlung solider Idiomkenntnisse die Priorität haben müsse.

Das Konzept Haltiner ist nie veröffentlicht worden und dementsprechend fand auch keine öffentliche Diskussion dazu statt. Die Bündner Regierung hat auf der Grundlage dieses unveröffentlichten Konzepts einen neuen Regierungsbeschluss gefasst und darin explizit festgehalten: «Die vorliegenden Empfehlungen [des Konzepts Haltiner; R.C.] sind als Grundkonzept zur Einführung von Rumantsch Grischun im Bereich Schule anzusehen.» (RB 7.12.1999:4).

Das Konzept Haltiner beinhaltet aber explizit *nicht* die Einführung von RG als Alphabetisierungssprache. Trotzdem wird es bis heute in der Reihe der sogenannten logischen Schritte Richtung Alphabetisierungssprache RG aufgezählt.¹¹

Die Volksabstimmung zu Rumantsch Grischun als kantonale Amtssprache (2001)

Die Reihe der im öffentlichen Diskurs uminterpretierten Resultate von Umfragen und Konzepten lässt sich fortsetzen: Im Jahr 2001 hatten die Stimmbürgerinnen und -bürger des Kantons Graubünden darüber abzustimmen, ob anstelle der bisherigen Verwendung des surselvischen und ladinischen Idioms neu RG als romanische Schriftsprache für die kantonalen Abstimmungsunterlagen eingeführt werde.¹² Es handelt sich um die erste Volksabstimmung, in der es explizit um RG geht, und damit um die erste Möglichkeit nach knapp 20 Jahren, an der Urne seine Haltung gegenüber dieser Sprache zum Ausdruck zu bringen. Entsprechend emotional sind auch die Debatten zu dieser Vorlage ausgefallen. Sehr kurz zusammengefasst führen die Befürworter der Vorlage an, dass die Akzeptanz von RG zugenommen habe, dass die Vorlage das Romanische als kantonale Amtssprache stärke, dass dadurch eine einheitliche Rechts- und Verwaltungssprache geschaffen werde und dass mit RG die bisher vernachlässigten kleinen Idiome (Puter, Surmiran und Sutsilvan) nicht mehr diskriminiert würden. Die Gegner der Vorlage ihrerseits betonten, dass man die ursprünglich vorgesehenen plakativen Anwendungsbereiche bereits weit überschritten habe, dass die Akzeptanz für RG aber nach wie vor nicht vorhanden sei, dass mit dem surselvischen und dem ladinischen Idiom die grosse Mehrheit der Romanen bedient werden könne und dass ein Ja zur Vorlage missbraucht würde, um RG künftig auch in der Schule einführen zu wollen.¹³

Von Anfang an war zu erwarten, dass die deutschsprachige Kantonsmehrheit RG als Amtssprache in allen Bereichen begrüssen und damit den zweifachen romanischen Übersetzungen ein Ende bereiten würde. Dies bedeutete, dass die gegnerischen Rätoromanen einen aussichtslosen Kampf gegen die Vorlage führten. Die befürwortenden Rätoromanen ihrerseits

¹¹ Siehe Fussnote 16.

¹² Der Titel der Vorlage lautete: *Abstimmung über die Teilrevision von Artikel 23 des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte im Kanton Graubünden*. – Der Bund hatte die eidgenössischen Abstimmungsunterlagen und Gesetzeserlasse schon seit 1986 nur noch in RG übersetzt.

¹³ Ausführlicher dazu in R. CORAY 2008:485ff.

konnten sich zwar des Sieges gewiss sein, wollten jedoch mittels intensiver Informationskampagne auch möglichst viele Rätoromanen zu einem Ja bewegen, um die unangenehme Situation zu verhindern, dass die von der Vorlage direkt Betroffenen durch die deutschsprachige Kantonsmehrheit majorisiert würden.

Die Vorlage ist von gut zwei Dritteln der Stimmbürger gutgeheissen worden. Während die deutschsprachige Mehrheit wie erwartet die Vorlage deutlich angenommen und ihr dadurch zu einem Ja verholfen hat, lässt sich das Stimmverhalten der romanischsprachigen Stimmbürger je nach fokussierter Einheit unterschiedlich interpretieren. Die Befürworter – insbesondere Vertreter des Kantons und der Lia Rumantscha – zeigten sich erfreut, dass 4 von 5 romanischen Sprachregionen¹⁴ und 9 von 13 romanischen Kreisen¹⁵ und eine Mehrheit der romanischen Gemeinden diese Vorlage angenommen hatten. Die Gegner ihrerseits betonten, dass die Mehrheit der Stimmbürger aus den romanischen Gemeinden die Vorlage abgelehnt hatten. Im Werk von Matthias Grünert et al. zum Funktionieren der Dreisprachigkeit im Kanton Graubünden finden wir eine Darstellung des Abstimmungsresultates, die sehr deutlich zeigt, dass die Ablehnung der Vorlage parallel zum Anteil der Romanischsprachigen in einer Gemeinde zunimmt (siehe folgende Seite).

Bereits bei einem Anteil von 30% Romanischsprachigen in einer Gemeinde, überwiegen die ablehnenden Stimmen. Mit über 57% deutlich abgelehnt wurde die Verwendung von RG für kantonale Abstimmungsbroschüren in Gemeinden, wo mehr als 50% Romanisch als ihre Hauptsprache bezeichnen. Grünert et al. folgern daraus:

Klar wird aber, dass die in den rätoromanischen Kerngebieten lebenden Rätoromanisch Sprechenden, die von der beschlossenen Änderung im Amtssprachenbereich direkt betroffen waren, durch die übrige Bevölkerung majorisiert wurden.
(M. GRÜNERT et al. 2008:368).

Regierungsrat Lardi spricht gemäss *Südostschweiz* (11.6.2001) trotz allem von einer «klaren Mehrheit der Romanen», die RG befürworteten, und die

¹⁴ Abgelehnt in der Sprachregion Surselva, angenommen in der Sutselva, in Surmeir, im Ober- und Unterengadin.

¹⁵ Abgelehnt in den surselvischen Kreisen Disentis/Mustér, Lumnezia/Lugnez und Rueun/Ruis und im Unterengadiner Kreis Sur Tasna.

Ergebnisse der Abstimmung vom 10. Juni 2001 zur Revision von Art. 23 des Gesetzes zur Ausübung der politischen Rechte (BR 150.100)				
Gebiete	JA	NEIN	Stimm- haltungen	Einw. 2000 (Anteil an der Gesamtbev.)
Graubünden ohne Gemeinden mit einem Anteil von mindestens 20% Rätoromanisch Sprechenden	21'712 68,8%	8'091 25,7%	1'737 5,5%	130'467 69,7%
Graubünden insgesamt	29'398 63,2%	14'950 32,2%	2'149 4,6%	187'058
99 Gemeinden mit einem Anteil von mindestens 20% Rätoromanisch Sprechenden (Haupt- und/oder Um- gangssprache) [RR 2 + RR 1]	7'879 51,6%	6'974 45,7%	412 2,7%	56'591 30,3%
90 Gemeinden mit einem Anteil von mindestens 30% Rätoromanisch Sprechenden (Haupt- und/oder Um- gangssprache)	5'601 46,8%	6'093 51,0%	263 2,2%	42'802 22,9%
82 Gemeinden mit einem Anteil von mindestens 40% Rätoromanisch Sprechenden (Haupt- und/oder Um- gangssprache)	5'051 45,8%	5'738 52,0%	237 2,1%	38'459 20,6%
75 Gemeinden mit einem Anteil von mindestens 50% Rätoromanisch Sprechenden (Haupt- und/oder Um- gangssprache)	4'094 44,0%	5'038 54,1%	182 2,0%	31'130 16,6%
66 Gemeinden mit einer zumindest relativen Mehrheit von Rätoroma- nisch Sprechenden, die das Rätö- romanische als Hauptsprache ange- geben haben (RR 1)	3'333 41,2%	4'625 57,1%	141 1,7%	26'263 14,4%

M. GRÜNERT et al. 2008:368

Lia Rumantscha sieht sich in ihrer Arbeit bestätigt (cf. Bündner Presse vom 11.6.2001).

Dieses Beispiel verdeutlicht, wie im öffentlichen Diskurs der Widerstand gegen RG – hier im Amtssprachenbereich – minimiert und die Opposition der Bevölkerung der romanischen Kerngebiete heruntergespielt wird. Dies steht im Widerspruch zur Aussage in der Botschaft der Bündner Regierung zu dieser Vorlage vom 29.8.2000: «Gradmesser für jede Massnahme zur Verbreitung und Festigung des Rumantsch Grischun muss weiterhin dessen Akzeptanz durch die romanischsprachige Bevölkerung sein.» (S. 478)

Lehrmittelentscheid und Grobkonzept «Rumantsch Grischun in der Schule» (2003/04)

Erstaunlicherweise verwendet die Bündner Regierung nicht nur die wissenschaftliche Umfrage von 1995 und das Konzept Haltiner von 1999, son-

dern auch das oben erläuterte Abstimmungsresultat von 2001 als Argument zugunsten der Einführung von RG als Alphabetisierungssprache: Sie listet diese drei Ereignisse als Etappen in einer Entwicklung auf, deren logische Fortführung die Einführung von RG in der Volksschule bedeute.¹⁶ 2003 beschliesst der Bündner Grosse Rat (und damit erneut eine deutschsprachige Mehrheit) als eine von 212 Sparmassnahmen die Herausgabe von romanischen Lehrmitteln nur noch in RG ab dem Jahr 2005. Diesen Entscheid bezeichnet Regierungsrat Lardi in der Folge immer wieder als unumstösslichen, demokratisch gefällten und klaren Auftrag zur Einführung von RG in der Volksschule, weshalb eine Grundsatzdiskussion dazu obsolet sei (cf. R. CORAY 2008:463 Fn. 730). Ende 2004 legen die Bündner Behörden das «Grobkonzept ‘Rumantsch Grischun in der Schule’» vor, das die Einführung von RG als Alphabetisierungssprache in allen romanischen Schulen vorsieht.

Zusammenfassend und als Zwischenbilanz kann gesagt werden, dass die Befürworter von RG in der romanischen Dachorganisation Lia Rumantscha und spätestens mit Amtsantritt von Regierungsrat Lardi 1999 auch in der Bündner Regierung über eine starke Stimme in der Öffentlichkeit und eine klare Machtposition verfügen. Der Posten des Direktors von Radio e Televisiun Rumantscha ging zudem 2001 an den ehemaligen Generalsekretär der Lia Rumantscha und Hauptinitiator von RG Bernard Cathomas. Die Gegner haben nicht dieselbe Macht und Infrastruktur, nicht denselben Organisationsgrad und keinen derart privilegierten Zugang zu den Massenmedien wie die Befürworter. Nur so ist es zu erklären, dass etliche Petitionen und Aktionen und selbst ein von mehr als 180 Persönlichkeiten aus Kultur, Wissenschaft und Politik unterzeichnetes Schreiben gegen die Einführung von RG als Alphabetisierungssprache derart sang- und klanglos untergegangen sind.¹⁷

Romanische «Pioniergemeinden» (seit 2007)

Ein neues Kapitel in dieser Strategie der Minimierung der Opposition stellt die öffentliche Information durch die Bündner Behörden zu den sogenannten Pioniergemeinden dar, die als erste RG als Alphabetisierungs-

¹⁶ Siehe Antwort der Bündner Regierung (vom 5.11.2003) auf den Auftrag Farrér (vom 27.8.2003).

¹⁷ Ausführlich zu den Ereignissen und öffentlichen (Protest-)Reaktionen rund um diesen Lehrmittelsentscheid sowie zum «Grobkonzept ‘Rumantsch Grischun in der Schule’» in R. CORAY 2008:192ff.

sprache eingeführt haben. Das Bündner Amt für Volksschule und Sport hat im Januar 2009 einen Zwischenbericht veröffentlicht. Darin werden die Abstimmungsergebnisse aus den 40 Gemeinden aufgelistet, die sich fast alle mit grosser Mehrheit für die Einführung von RG als Alphabetisierungssprache entschieden haben. Eine Graphik illustriert, dass es sich um rund die Hälfte der Gemeinden mit romanischen Schulen handle, die zu RG wechseln:



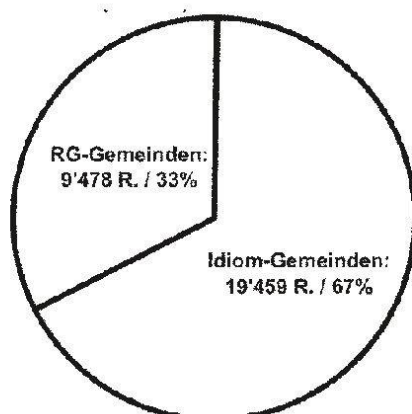
Amt für Volksschule und Sport 2009:2

Wenn wir alle Gemeinden mit einer romanischen oder zweisprachig romanisch-deutschen Schule zusammenzählen, die von der Frage der romanischen Schulsprache betroffen sind oder sein werden, kommen wir auf insgesamt 86 Gemeinden.¹⁸

Diese Darstellung der Bündner Behörden fokussiert erneut – wie schon in den Auswertungen der Abstimmung von 2001 – die Gemeindeeinheiten, unabhängig davon, wie viele Personen und Romanischsprachige dort leben. Wenn wir diesen nicht unbedeutenden Aspekt miteinbeziehen, so sehen die Verhältnisse etwas anders aus. Eine Graphik, die das Mitmachen der Hälfte suggeriert, ist folglich nur eine Seite der Medaille.

¹⁸ Die Gemeindeeinheiten werden in den Angaben des Amts für Volksschule und Sport und folglich auch hier gemäss Stand der eidgenössischen Volkszählung von 2000 gezählt (cf. J.-J. FURER 2005:140ff.), d. h. ohne Berücksichtigung der mittlerweile erfolgten Fusionen einiger Gemeinden.

Total RomanInnen (HS/US) in Idiom- und RG-Gemeinden



Diese Graphik verdeutlicht, dass nur ein Drittel aller Romanischsprachigen dieser 86 Gemeinden mit romanischer oder romanisch-deutscher Grundschule in sogenannten Pioniergemeinden wohnt. Zwei Drittel wohnen in Gemeinden, die weiterhin an ihrem regionalen Schriftidiom festhalten. Dieselben Grössenverhältnisse treffen auf die Frage zu, wie viele Einwohnerinnen und Einwohner insgesamt dieser total 86 Gemeinden heute mit der Alphabetisierungssprache RG konfrontiert sind: Ein Drittel lebt in Gemeinden, die RG einführen (14'198 E.; 33%), zwei Drittel in Gemeinden, die die Kinder im Regionalidiom alphabetisieren (29'469 E., 67%).

Die Verbreitung von Angaben und Graphiken, die das Mitmachen der Hälfte suggerieren, entspricht einer Minimierungsstrategie: Es wird der Eindruck erweckt, als ob diejenigen, die am regionalen Schriftidiom als Alphabetisierungssprache festhalten, allmählich in der Minderzahl seien.¹⁹

Die Evaluation des Freiburger Instituts für Mehrsprachigkeit (2008/09)

Als vorläufig letzten Höhepunkt in dieser Reihe von Umfrage- und Abstimmungsergebnissen und ihrer selektiven Verbreitung möchte ich auf die

¹⁹ Das Modell und die zwei Kategorien der hier erstellten Kuchengraphik orientieren sich an der Vorgabe der Bündner Kantonsbehörden. Die Zusammenfassung der «Idiom-Gemeinden» in einer Kategorie ist insofern legitim, als es hier darum geht, die Minimierungsstrategie zu verdeutlichen: Ein Konflikt und Druck besteht für *alle* Gemeinden und deren Einwohner, die weiterhin an der Alphabetisierung im Regionalidiom festhalten, unabhängig von ihrer Idiomzugehörigkeit; dies betrifft nicht nur «rund die Hälfte der Gemeinden mit romanischer Schule» (Amt für Volksschule und Sport 2009:2), sondern auch zwei Drittel der Romanischsprachigen und Einwohner insgesamt aller betroffenen Gemeinden.

in Freiburg i. Ü. erstellte Evaluation der Einführung von RG in den Pioniergemeinden verweisen. Der integrale erste Evaluationsbericht von 2009 ist der Öffentlichkeit nicht zugänglich. Die Verantwortlichen des Kantons Graubünden verweigern die Einsicht in diesen Bericht mit Verweis auf die fehlende Anonymität der Befragten und dessen Status als internes Evaluationsinstrument. Auch den Freiburger Wissenschaftlern ist es untersagt, diesen Bericht interessierten Personen abzugeben. Die Bündner Behörden selbst haben auszugsweise Graphiken und Resultate aus dem Bericht auf Internet zugänglich gemacht und diese mit eigenen Kommentaren versehen.²⁰ Die Schlussfolgerungen und Interpretationen der Freiburger Evaluatoren bleiben jedoch unter Verschluss.

Dieses Verhalten – diese Weigerung, mit öffentlichen Geldern finanzierte Forschung der interessierten Öffentlichkeit unzensuriert zugänglich zu machen – wirft zwangsläufig Fragen auf: Warum scheut man eine Veröffentlichung und damit eine nicht von den Kantonsbehörden gelenkte öffentliche Diskussion des vollumfänglichen Berichts der Freiburger Evaluatoren? Wird hier eine wissenschaftliche Evaluation zu einem Persuasionsinstrument umfunktioniert? Was gibt es zu verstecken? Wer oder was soll genau geschützt werden? Diese Informationspolitik befremdet umso mehr, als der Kanton eine Evaluation des umstrittenen Projekts erst auf öffentlichen Druck hin beschlossen hatte.

Fazit

Auch wenn ein *Bonmot* besagt: «Glaube keiner Statistik, die Du nicht selber gefälscht hast», so gibt es doch wissenschaftliche und ethische Anforderungen bezüglich Transparenz und Korrektheit sowie Grenzen der Interpretation und Manipulation von Daten. Einseitige, selektive, irreführende und/oder falsche Aussagen bzw. Interpretationen solcher Daten gehören zwar zum verbreiteten Repertoire politischer Argumentations- und Persuasionsstrategien. Diese lassen sich aber durch eine Analyse des Forschungsdesigns und der öffentlichen Kommunikation und Interpretation der Resultate auch als solche entlarven.

²⁰ Siehe: EKUD 2009. Dieses Dokument wird gemäss Auskunft der Bündner «Projektleitung Rumantsch Grischun in der Schule» in den Mediationssitzungen mit denjenigen Gemeinden verwendet, die noch über die Einführung von RG als Alphabetisierungssprache abzustimmen haben.

Die öffentliche Präsentation und Diskussion von Umfragen, Abstimmungen und Evaluationen, die Rückschlüsse auf die Akzeptanz von RG erlauben, zeigen, dass die Verantwortlichen der Lia Rumantscha und des Kantons in der Presse gezielt positive Meldungen streuen und sich bemühen, gegenläufige Daten von der öffentlichen Diskussion fernzuhalten oder deren Bedeutung zu minimieren:

Das Konzept Haltiner und die aktuelle Freiburger Evaluation sind Beispiele dafür, dass Studien nicht oder nur auszugsweise veröffentlicht worden sind. Anhand des öffentlichen Diskurses über die wissenschaftlichen Umfragen von Diekmann sowie von Gloor et al. haben wir gesehen, wie Resultate von Umfragen undifferenziert oder verfälscht verbreitet werden – zwecks Vergrößerung der effektiv vorhandenen Akzeptanz. Und als Beispiele dafür, wie die vorhandene Opposition minimiert wird, haben wir die Interpretation der Abstimmung von 2001 durch die Lia Rumantscha erwähnt sowie die diskursive Indienstnahme dieser Abstimmungsergebnisse durch die Bündner Regierung – zwecks Legitimierung der Einführung von RG als Alphabetisierungssprache.

Die Strategien der Minimierung der Opposition, der selektiven und beschönigenden Darstellung von Forschungsergebnissen oder der Schubladisierung von möglicherweise kritischen Resultaten stehen im Gegensatz zu Haugens eingangs zitierter Forderung, die Bedürfnisse der gewöhnlichen Verwender wirklich ernst zu nehmen. Solche diskursiven Strategien reden und schreiben eine höhere Akzeptanz von RG herbei, als sie tatsächlich vorhanden ist. Damit dienen sie zwar (möglicherweise) dem Ziel der Nichtgefährdung des Projektes RG, aber ob sie auch dem letztlich von allen beabsichtigten Ziel – demjenigen der Erhaltung des Rätoromanischen dienen, sei dahingestellt.

Bibliographie

AMT FÜR VOLKSSCHULE UND SPORT

Januar 2009 *Rumantsch Grischun in der Schule – Bericht zum Projektstand Ende 2008*, http://www.gr.ch/DE/institutionen/verwaltung/ekud/avs/Volksschule/RG_Zwischenbericht_2009_de.pdf [27.10.2009]

ANTWORT DER REGIERUNG

5.11.2003 auf den Auftrag Farrér betreffend Ausarbeitung eines Konzeptes bezüglich Einführung von Rumantsch Grischun in den Schulunterricht (vom 27.8.2003), http://win.casanova.ch/cgishl/as_web.exe?parl99.ask+D+5680498 [27.10.2009]

BOTSCHAFT

29.8.2000 Teilrevision des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte im Kanton Graubünden sowie Teilrevision der grossrätlichen Ver-

ordnung über die Herausgabe eines neuen Bündner Rechtsbuches und die Weiterführung einer Amtlichen Gesetzessammlung, http://www.l.gr.ch/Botschaften/heft5_2000/PolitischeRechte.pdf [27.10.2009]

CORAY, RENATA

2008 Von der Mumma Romontscha zum Retortenbaby Rumantsch Grischun. Rätoromanische Sprachmythen, Chur, Bündner Monatsblatt

DIEKMANN, ERWIN

1989 Rapport d'ina retschertga davart l'acceptanza dal rumantsch grischun, in: Annalas, ann. 52, 1989:23–42

1990 Sprachkontakt, Sprachkonflikt, Sprachsymbiose und Sprachfrieden (?) im traditionell rätoromanischen Sprachgebiet Graubündens, beurteilt aus der Perspektive einer Umfrage zum «Rumantsch Grischun», in: Nelde, Peter H. (Hrsg.), Sprachkonflikte und Minderheiten, Plurilingua X, Bonn, Dümmler, 1990:189–211

1991 Probleme und Aspekte von Kodifizierungsbemühungen des Bündnerromanischen und Bericht über eine Umfrage zur Rezeption und Akzeptanz des Rumantsch Grischun als gesamtbündnerromanische Schriftsprache, in: Dahmen, Wolfgang et al. (Hrsg.), Zum Stand der Kodifizierung romanischer Kleinsprachen, Romanist. Kolloquium V, Tübingen, Narr, 1991:69–104

1992 Das Rumantsch grischun: Zur Planung, Entstehung, Entwicklung, Verbreitung und Rezeption einer gesamtbündnerischen Schriftsprache, in: Birken-Silvermann, Gabriele; Rössler, Gerda (Hrsg.), Beiträge zur sprachlichen, literarischen und kulturellen Vielfalt in den Philologien, Festschrift für Rupprecht Rohr zum 70. Geburtstag, Stuttgart, Franz Steiner, 1992:299–315

EKUD (Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement Graubünden)

Februar 2009 Evaluation Rumantsch Grischun in der Schule (Phase 1). Ergebnisse der qualitativen Befragung in den Pioniergemeinden, http://www.gr.ch/DE/institutionen/verwaltung/ekud/avs/Volksschule/RG_Ergebnisse_Evaluation_Phase1_de.pdf [27.10.2009]

FURER, JEAN-JACQUES

2005 Die aktuelle Lage des Romanischen, Eidgenössische Volkszählung 2000, Neuchâtel, Bundesamt für Statistik

GLOOR, DANIELA; HOHERMUTH, SUSANNE; MEIER, HANNA; MEIER, HANS-PETER

o. J. [1996] Fünf Idiome – eine Schriftsprache? Die Frage einer gemeinsamen Schriftsprache im Urteil der romanischen Bevölkerung, Chur, Bündner Monatsblatt/Desertina

GROSS, MANFRED

1999 Rumantsch Grischun: Planification de la normalisation, in: Dazzi Gross, Anna-Alice; Mondada, Lorenza (Hrsg.), Minderheitensprachen im Kontext, Band 1: Minderheitensprachen zwischen Vielfalt und Standardisierung, Bulletin suisse de linguistique appliquée,

Neuchâtel, Institut de linguistique de l'Université de Neuchâtel,
1999:95–105

GRÜNERT, MATTHIAS; PICENONI, MATHIAS; CATHOMAS, REGULA; GADMER, THOMAS
2008 Das Funktionieren der Dreisprachigkeit im Kanton Graubünden,
Tübingen / Basel, Francke

HAUGEN, EINAR

1987 Language Planning, in: Ammon, Ulrich et al. (Hrsg.), Soziolinguistik. Ein internationales Handbuch zur Wissenschaft von Sprache und Gesellschaft, 1. Halbband, Berlin, de Gruyter, 1987:626–637

JUNG, MATTHIAS

2006 Aufklärung von ideologischem Sprachgebrauch, in: Ammon, Ulrich et al. (Hrsg.), Soziolinguistik. Ein internationales Handbuch zur Wissenschaft von Sprache und Gesellschaft, 3. Band, Berlin, de Gruyter, 2006:2566–2575

KONZEPT HALTNER (Konzeptgruppe Rumantsch Grischun in den Schulen)

o. J. [1999] Konzept zur Einführung von Rumantsch Grischun in den Schulen,
Chur, Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement Graubünden

MULJAČIČ, ŽARKO

1993 Standardization in Romance, in: Posner, Rebecca; Green, John N. (Hrsg.), Trends in Romance Linguistics and Philology, Volume 5: Bilingualism and Linguistic Conflict in Romance, Berlin / New York, de Gruyter, 1993:77–114

POSNER, REBECCA; ROGERS, KENNETH H.

1993 Bilingualism and language conflict in Rhaeto-Romance, in: Posner, Rebecca; Green, John N. (Hrsg.), Trends in Romance Linguistics and Philology, Volume 5: Bilingualism and Linguistic Conflict in Romance, Berlin / New York, de Gruyter, 1993:231–252

REGIERUNGSBESCHLÜSSE

2.7.1996 RB Protokoll Nr. 1545

7.12.1999 Weiteres Vorgehen Rumantsch Grischun, RB Protokoll Nr. 2125

21.12.2004 Grobkonzept «Rumantsch Grischun in der Schule», RB Protokoll Nr. 1843

